



Pressemitteilung

Nr. 116 / 5. Oktober 2018

Kirche, ÖGB und AK: Solidarität und Gemeinwohl als tragende Säulen der Gesellschaft wertschätzen

Schon seit Mitte der 80er-Jahre kooperieren Diözese Linz, Arbeiterkammer und ÖGB bei Fragen zur Würde des Menschen, zu humaner Arbeitsgestaltung oder zu einem arbeitsfreien Sonntag. Am 4. und 5. Oktober 2018 widmet sich eine gemeinsame Tagung aktuellen Herausforderungen durch die steigende Ungleichheit, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Angst- und Ausgrenzungspolitik oder den Klimawandel. Die Fragestellung dahinter: „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“

Dabei gab es klare Worte vom Linzer Diözesanbischof Dr. Manfred Scheuer: „Es wäre völlig unverantwortlich, die aus dem christlich-demokratischen Denken entstandenen Solidaritätsstrukturen der Gesellschaft zu entsorgen und durch einen Kapitalismus des totalen Laissez-faire zu ersetzen.“ Und AK-Präsident und ÖGB-Landesvorsitzender Dr. Johann Kalliauer ergänzt: „Das Wirtschaftssystem muss den Menschen dienen – und nicht umgekehrt. Problematisch wird es, wenn eine Gesellschaftsgruppe wirtschaftspolitisch dominant wird und damit der Ausgleich von Interessen ins Hintertreffen gerät.“

Beide wünschen sich eine offene, tolerante und demokratische Gesellschaft, die in Solidarität eine Teilhabe aller an Reichtum, Bildung, Arbeit und Kultur ermöglicht, auf Generationengerechtigkeit achtet und das Gemeinwohl nicht aus dem Blick verliert. Sowohl Bischof Scheuer als auch AK-Präsident Kalliauer betonen in diesem Zusammenhang die zentrale Rolle der Sozialpartnerschaft.

Die Zusammenarbeit von Arbeiterkammer, Katholischer Kirche und Gewerkschaftsbund ist eine mahnende Allianz, um auf gesellschaftliche, soziale oder wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Zukunftsoptionen und Fehlentwicklungen hinzuweisen. Bei der heurigen Tagung ist die Fragestellung sehr grundsätzlich angelegt. Die Frage „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ ist der ureigenste Inhalt philosophischen und politischen Denkens.

AK, Katholische Kirche und ÖGB sind über die momentan wahrnehmbaren gesellschaftlichen Polarisierungen, sehr besorgt. Deshalb haben sich die drei Organisationen zum Ziel gesetzt, gemeinsame Werte abzustecken und gemeinsame Vorstellungen von der Zukunft auszuarbeiten. Im Mittelpunkt stehen dabei auch Fragen der Gerechtigkeit: „Eine Gesellschaft bietet nur dann die Grundlage für ein gutes Leben für alle, wenn sie fair gestaltet ist und allen eine gerechte Teilhabe an den wirtschaftlichen Gütern ermöglicht,“ heißt es etwa im gemeinsamen Manifest für Gerechtigkeit.

Scheuer: „Es braucht den kritischen Blick auf Strukturen und Dynamiken, die das Leben fördern oder es im Gegenteil erschweren“

Bischof Dr. Manfred Scheuer betont, dass es DIE österreichische Gesellschaft im Grunde genommen nicht gibt. Das In-Beziehung-Bringen der unterschiedlichen Gesellschaftsformen und -gruppen sieht er als „grundlegende Aufgabe für die politischen Entscheidungsträgerinnen und

-träger, aber auch für gesellschaftliche Akteure wie Kammern, InteressenvertreterInnen, Gewerkschaften oder auch Kirchen“. Scheuer stellte die Frage: „Wozu führen Gesellschaften? Führen sie zum guten Leben, zum Glück, zum Wachstum? Ist das Ziel Gemeinwohl oder haben die Individuen nichts mehr gemeinsam?“

Diözesanbischof Dr. Manfred Scheuer zum Tagungsmotto: „Die Frage ‚In welcher Gesellschaft wollen wir leben?‘ ist vor allem eine Frage nach dem Wie des Zusammenlebens auch über unser Land hinaus. Wie entsteht Gemeinsames, Empathie, Solidarität über die eigene Gruppe hinaus? Die Kirche rückt mit ihrer Katholischen Soziallehre den konkreten Menschen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen und steht ein für ein gutes Leben für alle Menschen. Der Wert und die Würde eines Menschen muss nicht erst ‚erleistet‘ werden und darf auch niemandem abgesprochen werden. Bei einem guten Leben für alle geht es natürlich um Individuen, aber auch um den kritischen Blick auf Strukturen und Dynamiken, die das Leben fördern oder es im Gegenteil erschweren. Der Begriff des Gemeinwohls zum Beispiel in der Form einer solidarischen Absicherung bei Krankheit oder dem Zugang zu leistbarem Wohnen ist so bedeutsam wie eh und je.“

Als Faktoren, die die Zugehörigkeit zur Gesellschaft maßgeblich prägen, nannte Bischof Scheuer Beziehungen, Freundschaft und Liebe, Wohnen, Schule, Kultur und Bildung und die Erwerbsarbeit, aber auch Formen von unbezahlter Arbeit.

Bischof Scheuer unterstreicht die Bedeutung einer solidarischen Gesellschaft, für die in Österreich durch die Tradition einer tragfähigen Sozialpartnerschaft gute Grundlagen gelegt worden seien. Scheuer: „In einer solidarischen Gesellschaft kommt auch der Generationengerechtigkeit zentrale Bedeutung zu: Da gibt es die Verantwortung gegenüber der jungen Generation und den noch kommenden Generationen. Es sind auch Bedingungen zu schaffen, in denen die älteren Generationen ihr Leben erfüllt und in Würde gestalten können. Darüber hinaus ist einer Altersarmut insbesondere von Frauen durch politische Maßnahmen vorzubeugen.“ Bischof Scheuer weiter: „Aus unserer Sicht wäre es völlig unverantwortlich, die aus dem christlich-demokratischen Denken entstandenen Solidaritätsstrukturen der Gesellschaft zu entsorgen und durch einen Kapitalismus des totalen Laissez-faire zu ersetzen.“ Wenn in einem nicht regulierten Finanzkapitalismus dem Geld außer seiner Vermehrung keine ethische Verpflichtung mehr auferlegt werde, verkümmere der Mensch und das System fahre gegen die Wand, warnte Scheuer.

Der Diözesanbischof betont wie AK-Präsident Kalliauer die Bedeutung der Sozialpartnerschaft, die den wirtschaftlichen Erfolg und den sozialen Frieden gesichert habe. „Lösungen wurden auf dem Dialogweg erarbeitet und so Konfliktkosten minimiert. Diese Zusammenarbeit ist ein Wert. Es braucht eine gute Gesprächskultur und den Kompromiss als Gewinn für das Gemeinsame.“

Kalliauer: „Das Wirtschaftssystem muss den Menschen dienen – und nicht umgekehrt“

AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer: „Die zentrale Grundregel lautet: Das Wirtschaftssystem muss den Menschen dienen – und nicht umgekehrt. Damit das Wirtschaftssystem in diesem Sinne kein ‚Eigenleben‘ führt und Marktteilnehmer nicht unkontrolliert agieren, sind Regulierungen notwendig. Unkontrolliertes Agieren ist in einer kapitalistischen Marktwirtschaft nämlich immer zum Vorteil jener, bei denen Macht und Kapital konzentriert sind.“

Alle Menschen würden von einem guten Sozialstaat profitieren, so Kalliauer. Es brauche deshalb einen weiteren fortschrittlichen Ausbau sozialer Sicherheit in Österreich. Der AK-Präsident und ÖGB-Landesvorsitzende wörtlich: „In einer reichen Gesellschaft sollte es möglich sein, allen Menschen eine würdevolle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und nicht einzelne Gruppen davon auszugrenzen. Einschnitte im Sozialstaat können den sozialen Frieden ins Wanken bringen. AK und ÖGB setzen sich für eine sozial und ökologisch ausgerichtete Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ein, in der bei Bedarf auch eine starke öffentliche Hand eingreift. So können bestehende Schieflagen beseitigt werden – zum Beispiel in der Verteilung von Einkommen, Vermögen, Bildung, Steuern sowie Macht und Möglichkeiten.“

Der Sozialstaat müsse nicht nur für soziale Sicherheit für alle sorgen, sondern auch „Chancengleichheit ermöglichen, soziale Mobilität fördern, Humanität großschreiben, Generationengerechtigkeit hochhalten, Zusammenhalt leben und Türöffner für künftige Generationen sein“, betonte Kalliauer.

Gute Arbeit als Menschenrecht

Arbeiterkammer, Katholische Kirche und Gewerkschaftsbund bekennen sich auch gemeinsam zu „Guter Arbeit“ als Menschenrecht: „Es soll ‚gute Arbeit‘ für alle möglich sein. ‚Gute Arbeit‘ besteht aus mehreren Bausteinen: Arbeit muss fair verteilt sein, die Wertschöpfung muss Arbeitnehmern/-innen in einem gerechten Ausmaß zu Teil werden, Arbeit muss existenzsichernd, würdevoll und sinnstiftend sein – und es bedarf guter Arbeitsbedingungen und Mitbestimmungsmöglichkeiten.“

Angesichts des immer rascheren Wandels (in) der Gesellschaft legten Katholische Kirche, ÖGB und AK auch ein Bekenntnis zu weiterer und intensiver Kooperation ab.

Statements in Langform von Bischof Dr. Manfred Scheuer und AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer anbei

Fotos von der Pressekonferenz: © Diözese Linz / Appenzeller (honorarfrei)

Fotos 1, 2 & 3: AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer (l.) und Bischof Dr. Manfred Scheuer

Foto 4: Bischof Dr. Manfred Scheuer

Foto 5: AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer

Medienkontakt:

Katholische Kirche in Oberösterreich

Kommunikationsbüro

4020 Linz, Herrenstraße 19

Mag.a Barbara Eckerstorfer

T: 0732 76 10-1174

E: barbara.eckerstorfer@dioezese-linz.at

W: www.dioezese-linz.at

Arbeiterkammer OÖ

4020 Linz, Volksgartenstraße 40

Mag.(FH) Wolfgang Spitzbart

Tel. +43 (0)50/6906-2186

mailto: wolfgang.spitzbart@akooe.at

oe.arbeiterkammer.at

<https://twitter.com/AKLinz>